

Verwaltungsgemeinschaften eine Alternative zu größeren Landkreisen?

Der Verein Henneberg-Itzgrund-Franken e.V. befürchtet, dass die derzeitige Diskussion um größere Landkreise das gesamte Reformvorhaben von Rot-Rot-Grün gefährdet. Mit einem Schreiben u.a. an die Landräte und den Oberbürgermeister des fränkisch geprägten Südthüringen weist dieser erneut auf die Möglichkeit der Aufwertung der Planungsregionen zu Verwaltungsgemeinschaften der Landkreise und kreisfreien Städte hin. Nachdem die kürzlich festgelegten Richtlinien für größere Landkreisstrukturen mindestens 130.000 Einwohner vorsehen, ergibt es eine Aufteilung der Planungsregionen in jeweils zwei dieser Verwaltungsgemeinschaften der oberen kommunalen Ebene.

Hierbei erneuert der Verein, dem es vor allem um die Anerkennung der fränkischen Identität des heutigen Südthüringen in der Landespolitik und der öffentlichen Wahrnehmung geht, seine Forderung nach der Auflösung des Wartburgkreises. Vereinsvorsitzender Martin Truckenbrodt (44), Frankenblick/Sonneberg, sieht konkret die diesbezügliche Zusammenarbeit der Landkreise Bad Salzungen-Schmalkalden-Meiningen (202.000 Einwohner) und Suhl-Hildburghausen-Sonneberg (168.000 Einwohner) in ihren historisch gewachsenen Grenzen vor den Kreisgebietsreformen von 1952 und 1993/1994. Die Eigenständigkeit der Landkreise bliebe erhalten. Durch im Umfang deutlich geringere und weniger tiefgreifende Umstrukturierungen verursacht diese Reform selbst geringere Kosten, wodurch die Effizienz der Reformen in der Summe deutlich erhöht würde. Die Kreisstädte behielten ihre Bedeutung und blieben von den aus anderen vergleichbaren Reformen bekannten wirtschaftlichen Einbußen verschont. Bürgernähe und entsprechender Komfort könnten im Gesamtpaket der Verwaltungs-, Struktur- und Gebietsreform, einschließlich der möglichst vollständigen Abschaffung der Mittleren Verwaltungsebene, sogar gesteigert anstatt verringert werden und Entscheidungsprozesse für Bürgerinnen und Bürger und vor allem auch für die Wirtschaft deutlich beschleunigt werden. Weitere Mittelzentren und auch Grundzentren könnten so als Standort der innerhalb der Verwaltungsgemeinschaften zentralisierten Aufgaben, die sich momentan in der Mittleren Verwaltungsebene befinden, zusätzlich profitieren. In diesem Zuge könnte leer stehende Bausubstanz im Besitz der Öffentlichen Hand wieder sinnvoll genutzt und dadurch erhalten werden. Diese weniger Aufwand verursachende Minimalreform sollte auch in den aktuellen Zeiten höherer Inanspruchnahme der Verwaltungen für die Bewältigung der stark erhöhten Flüchtlingszahlen durchführbar sein.